



Markus Herbert Weske MdL

Landtag aktuell

Ihr SPD - Landtagsabgeordneter
für Düsseldorf

Die SPD-Fraktion im Landtag NRW hat Thomas Kutschaty zum neuen Vorsitzenden gewählt



HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH!

Die SPD-Fraktion im Landtag NRW hat Thomas Kutschaty zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt. Er erhielt 35 der 67 abgegebenen Stimmen. Auf den zweiten Kandidaten, Marc Herter, entfielen 31 Stimmen. Es gab eine Enthaltung. Kutschaty folgt damit auf Norbert Römer, der acht Jahre SPD-Fraktionsvorsitzender war und nicht mehr antrat. Zu seiner Wahl erklärte Thomas Kutschaty:

„Ich freue mich sehr über diese Wahl und begreife sie als Auftrag, gemeinsam mit einem Team die SPD als stärkste Oppositionskraft im Landtag noch schärfer zu profilieren. Unser gemeinsames Ziel ist klar: Wir wollen spätestens bei

der Landtagswahl im Jahr 2022 dafür sorgen, dass die Laschet-Regierung abgelöst wird. Dafür werde ich mich mit ganzer Kraft einsetzen.“

Neue Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Landtagsfraktion ist Sarah Philipp. Sie erhielt 38 von 67 abgegebenen Stimmen und folgte auf Marc Herter.

Dauerhafte Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten verbessern



Eine abgeschlossene Berufsausbildung ist wichtig, damit sich Geflüchtete dauerhaft in den Arbeitsmarkt integrieren können. Der Bund hat in den vergangenen Jahren die gesetzlichen Regelungen für den Einstieg in das Berufsleben erleichtert. Allerdings müssen diese auf Grundlage der in der Praxis gemachten Erfahrungen angepasst werden. Wir fordern die bundesweit einheitliche Umsetzung der Regelung sowie eine Ausweitung des Aufenthaltsrechtes von Geflüchteten auf die Zeit der Einstiegsqualifizierung. Nur so kann Planungssicherheit für Betriebe und Geflüchtete gleichermaßen gewährleistet werden.

Drucksache [17/2407](#)

Fragestunde/Aktuelle Stunde: Schulze Föcking muss zur Schließung der Stabsstelle Umweltkriminalität die Wahrheit sagen



Umweltministerin Christina Schulze Föcking (CDU) muss den Landtag in einer Fragestunde und Aktuellen Stunde über die wahren Hintergründe der Schließung der Stabsstelle Umweltkriminalität in ihrem Hause berichten. Die neuen Erkenntnisse des Westdeutschen Rundfunks (WDR) legen den Verdacht nahe, dass die Ministerin den Landtag und die Öffentlichkeit falsch informiert hat. Bisher hat die Ministerin bei jedem Anlass ihre eigene Rolle und die Bedeutung der Stabsstelle Umweltkriminalität kleingeredet und für unbedeutend erklärt. Der WDR hat durch eine umfassende Recherche und Akteneinsicht herausgefunden, dass die Stabsstelle Umweltkriminalität eine wichtige Rolle bei der Bekämpfung von Umweltkriminalität einnahm. Geschlossen wurde sie, als sie zu den skandalösen Zuständen auf dem Hof der Ministerin recherchierte. Schulze Föcking muss dringend den Verdacht ausräumen, dass es einen Zusammenhang zwischen der Schließung der Stabsstelle und ihrem eigenen Skandal in ihrem Familienbetrieb gibt.

Drucksache [17/2450](#)

Bezahlbarer Wohnraum: Mitte-Rechts kürzt bei der sozialen Wohnraumförderung



Die Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum ist vor allem in den Städten ein drängendes Problem. Wohnungsmangel ist sozial ungerecht und bedroht den sozialen Frieden. Aus diesem Grund hat die SPD-geführte Vorgängerregierung die soziale Wohnraumförderung in NRW bis 2017 attraktiver gemacht und die Förderergebnisse auf Rekordwerte gebracht. Die Mitte-Rechts-Regierung bricht mit dieser Politik: CDU und FDP haben zwar mehr Wohnraum versprochen, kürzen aber die soziale Wohnraumförderung um mehr als 27 Prozent. Die schwarz-gelbe Sparpolitik trifft besonders Menschen mit geringem

Einkommen, die sich am Markt nur schwer mit bezahlbarem Wohnraum versorgen können. Stattdessen möchte sie die Eigenheimförderung ausbauen, obwohl sich das, wie Studien belegen, nur die wenigsten Menschen leisten können und unnötiger Flächenverbrauch betrieben wird.

Drucksache [17/816](#)

Die EU-Förderpolitik muss auch nach 2020 in NRW erhalten bleiben



In Brüssel beginnt die Diskussion zur Zukunft der EU-Förderpolitik in der nächsten Förderperiode ab 2021. Medienberichten zufolge erwägt die EU-Kommission Deutschland und somit auch Nordrhein-Westfalen die Mittel zu kürzen. Viele kommunale und regional bedeutsame Projekte sind damit gefährdet. NRW hat in den letzten Jahrzehnten von der EU-Förderung profitiert und damit nicht nur Projekte in strukturschwachen Gebieten angestoßen, sondern damit auch einen europäischen Mehrwert geschaffen. Die Gelder fließen noch bis zum Jahr 2020,

dann läuft die aktuelle EU-Finanzperiode aus. Wir fordern die Landesregierung dazu auf, mehr für den Erhalt der europäischen Fördergelder zu tun. Dazu gehört auch, eigene Ideen zu entwickeln, wie wir es schaffen, den EU-Haushalt trotz des Austritts Großbritanniens abzusichern.

Drucksache [17/1442](#)

SPD beantragt Enquetekommission zur digitalen Transformation der Arbeitswelt



Um den digitalen Wandel in Nordrhein-Westfalen zu gestalten, hat die SPD-Fraktion die Einsetzung einer Enquetekommission beantragt, die sich mit der digitalen Transformation der Arbeitswelt befasst. Bereits jetzt ist erkennbar, dass Branchen und berufliche Qualifikationen durch die Digitalisierung sehr unterschiedlich betroffen sein werden. Zugleich bietet die digitale Transformation ein hohes Potenzial für neu entstehende Arbeitsplätze. Die Bewältigung der entsprechenden Prozesse wird die Akteure in unserem Bundesland vor schwierige Aufgaben stellen. NRW kommt in diesem Kontext eine Schlüsselrolle zu wenn es darum geht, interdisziplinäre Impulse zu setzen, die über ein naives „Digitalisierung first, Bedenken second“ hinausgehen.

Drucksache [17/2405](#)

Sicherheit von Großveranstaltungen: NRW braucht ein Veranstaltungsgesetz



Nordrhein-Westfalen verfügt bis heute kein gesetzliches Veranstaltungsrecht. Es existiert vielmehr eine Zersplitterung von Zuständigkeiten, die der staatlichen Schutzpflicht für Besucher/-innen von Großveranstaltungen nicht gerecht wird. Die zuständigen Behörden befinden sich in einem permanenten Zustand der Rechtsunsicherheit. Die Rechtsgrundlagen für die Planung, Genehmigung und Durchführung von Großveranstaltungen müssen deshalb vereinheitlicht werden. Sowohl für die zuständigen Behörden als auch für die Veranstalter/-innen sind klare, verständliche und transparente Regelungen zu schaffen, die

eine sichere, reibungslose und unbürokratische Genehmigung und Durchführung von Großveranstaltungen ermöglichen. Unser Antrag fordert die Landesregierung deshalb auf, nach dem Vorbild der Bundesländer Bayern und Thüringen ein Veranstaltungsgesetz zur Regelung der Zulassung und Überwachung von Großveranstaltungen vorzulegen.

Drucksache [17/2406](#)

Fotonachweis:

Ruhrgebiet: Urheber: PattySia - www.fotolia.com

Flüchtlinge: Urheber: kwarner - www.fotolia.com

Schweinestall: Urheber: Countrypixel - www.fotolia.com

Wohnbau: Urheber: Gina Sanders - www.fotolia.com

Europa: Urheber: Julien Eichinger - www.fotolia.com

Digitaler Wandel: Urheber: Coloures-Pic - www.fotolia.com

Veranstaltung: Urheber: animaflora - www.fotolia.com